EINMISCHUNGEN 2017/2018

WEITERDENKEN

WIRTSCHAFT & SOZIALES

Kohleatlas Sachsen – Daten und Fakten über einen verhängnisvollen Rohstoff

Johannes Heinsdorf, Projektleitung Kohleatlas Sachsen,
Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

CC BY 4.0 by Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Landesverband Sachsen e. V., Layout: Ellen Stockmar

In kaum einem anderen Bundesland wird die Zukunft der örtlichen Kohleförderung und -nutzung derart politisiert wie in Sachsen. Während sich die Bundesregierung mit dem Pariser Klimaabkommen zu einer deutlichen Reduzierung der Kohlendioxidemissionen bekennt, tut sich das Land Sachsen mit ambitionierten Schritten in Richtung einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Energieversorgung noch immer schwer. Die Nutzung von Kohle – vor allem der hier reichlich vorhandenen Braunkohle – trägt jedoch wesentlich zu Treibhausgasemissionen bei. Ein rascher Ausstieg aus der sächsischen Kohle ist umso dringender, als deren Nutzung jetzt schon gravierende ökologische, wirtschaftliche und soziale Folgeschäden erkennen lässt.

Trotzdem führen die Verfechter der hiesigen Kohlewirtschaft an, dass der weitere Einsatz der Kohle wirtschaftlich und regionalpolitisch unausweichlich sei. Sie argumentieren vor allem mit der strategischen Energieunabhängigkeit gegenüber ausländischen Lieferanten, der inneren Energiesicherheit gegenüber Stromschwankungen sowie der sozialen und strukturpolitischen Wohlstandssicherung. Dieser Argumentationslinie stehen jedoch dramatische Entwicklungen gegenüber, mit der sich der Freistaat Sachsen zunehmend konfrontiert sieht. Lassen sich Umweltschäden wie die Absenkung des Grundwassers, die Versauerung der Gewässer oder die Erosion der örtlichen Wald- und Landwirtschaftsflächen mit der vielgerühmten Arbeitsplatzsicherheit und zusätzlichen Einnahmen der öffentlichen Kassen aufwiegen? Können aufwendig finanzierte Maßnahmen zur Renaturierung und Umsiedlungsprogramme der ansässigen Kohlekonzerne die ökologischen und sozialen Einschnitte kompensieren, die das landschaftliche Bild der betroffenen Regionen längst prägen?

Der Kohleatlas Sachsen, ein Kooperationsprojekt des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND), Landesverband Sachsen, und Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, ist eine regionale Spezifizierung des globalen „Kohleatlas. Daten und Fakten über einen globalen Brennstoff“. Die Autor*innen beleuchten die sächsische Kohlewirtschaft aus verschiedenen Perspektiven, präsentieren Fakten und hinterfragen den vorherrschenden Diskurs zur Fortsetzung der Kohlewirtschaft kritisch.

Neben ökologischen Problemstellungen wie den Gefahren für die Wasserqualität, der Luftbelastung durch Kohlendioxid und weitere chemische Schadstoffe oder der stockenden Rekultivierung der Abbaugebiete thematisiert der Atlas sozio-ökonomische Schieflagen. Dazu zählen die Verschleppung eines politisch gesteuerten Strukturwandels, die indirekte Subventionierung der Konzerne oder die ungenutzten Möglichkeiten städtischer Energieversorgung. Besonderes Augenmerk wird auf die Abbauregionen des Lausitzer und des Mitteldeutschen Reviers gelegt, indem jeweils die spezifischen Problemlagen erörtert und vor einem regionalpolitischen Hintergrund betrachtet werden. Schließlich eröffnen die Autor*innen einen kritischen Ausblick auf Möglichkeiten alternativer ökologisch nachhaltiger Wirtschaftszweige. Sie diskutieren touristische Nutzungspotentiale, aber auch den nach wie vor schleppenden Ausbau erneuerbarer Energien. ❍

GEBURTSTAG

Einmischung erwünscht: Hundert Jahre Heinrich Böll

Kathrin Bastet, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Am 21. Dezember 1917 wurde Heinrich Böll geboren. Seine Einmischungen haben viele wichtige Debatten hervorgerufen und beeinflusst. Böll legte sich mit der politischen Linken wie der Rechten an, mit der katholischen Kirche ebenso wie mit der Presse. Er setzte sich für Flüchtlinge aus Vietnam ein und für Dissidenten in Osteuropa. Er war Humanist, aber kein Moralist, und er war überzeugt, dass „Sprache, Liebe, Gebundenheit den Menschen zum Menschen machen“. An sein Engagement und sein Werk will die politische Stiftung, die seinen Namen trägt, in diesem besonderen Jubiläumsjahr erinnern. Die Arbeit der Stiftung ist seiner Haltung verpflichtet: Zivilcourage, Verteidigung der Künstlerinnen und Künstler, streitbare Toleranz und die unbedingte Wertschätzung für Kunst und Kultur. Böll war Künstler, Intellektueller und auch früher Vordenker und Wegbegleiter grüner Politik. Seine Werke und Werte sind heute aktueller, als manche/r glauben mag. Auch Weiterdenken organisiert Veranstaltungen zum Wirken Heinrich Bölls. Ein Gesamtüberblick zu allen Veranstaltungen findet sich hier: **www.boell.de/100JahreBoell** ❍

Foto: René Böll. All rights reserved.(https://www.boell.de/de/100JahreBoell)

Weiterdenken arbeitet in Sachsen immer wieder grenzübergreifend mit den Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau und Prag und anderen polnischen und tschechischen Partner_innen zusammen. Im Rahmen der Geschlechterdemokratie stehen das Thema Frauenrechte und aktuell wieder die Debatte um legale Abtreibungen im Vordergrund – Themen, die auch stark polarisiert in Sachsen diskutiert werden. So wird der sogenannte Marsch für das Leben in Annaberg-Buchholz jährlich von wachsenden feministischen Gegenprotesten begleitet. Die teilweise erfolgreichen polnischen „Czarny"-Proteste haben für viel Aufsehen gesorgt und wurden auch in Sachsen aufmerksam verfolgt. Die Stiftung hat ihren Warschauer Kollegen Gert Röhrborn um eine politische Einschätzung gebeten.

Frauenrechte in Polen zwischen Selbstverständlichkeit und kirchlicher Instrumentalisierung

Gert Röhrborn, Koordinator des Programms „Demokratie und Menschenrechte", Heinrich-Böll-Stiftung, Warschau

Schwarzer Protest. Frauen mit Megafonen. In Polen ist es in den vergangenen zwölf Monaten zu einer beispiellosen und erfolgreichen Mobilisierung von Frauen gegen eine radikale Verschärfung des ohnehin restriktiven Abtreibungsrechts gekommen. Dahinter steht der Kampf zweier ungleicher Transformationsgewinner: der rechtskonservativen Gesamtheit der Bischöfe gegen jenen Teil der emanzipierten Frauen, die sich offen dem gesellschaftlichen Deutungsmonopol der Kirchenoberen widersetzen. Der Politologe Gert Röhrborn beleuchtet die Hintergründe der jüngsten Ereignisse.

Frauenrechte sind in Polen in erster Linie eine Frage des Diskurses. Ihre Beurteilung hängt davon ab, wen man fragt. Vertreter der amtierenden Regierung suchen die Ursachen für bestehende Benachteiligungen von Frauen eher in deren Köpfen. Zudem betonen sie, nicht ganz zu Unrecht, die demographischen Herausforderungen des Landes. Frauenrechtlerinnen verweisen hingegen auf die reale Diskriminierung im Bereich sexueller und reproduktiver Rechte, eine enorme Unterversorgung bei der öffentlichen Kinderbetreuung und einen beträchtlichen Nachholbedarf bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Nüchtern betrachtet ist die Lage zumindest in Bereichen wie Gender Pay Gap (7 bis 20 Prozent geschlechtsspezifisches Einkommensgefälle), Zugang zu Führungspositionen in Wirtschaft und Gesellschaft sowie Frauenanteil im Parlament (circa 30 Prozent) mit der auch nicht gerade idealen Lage in Deutschland vergleichbar.

Die Heinrich-Böll-Stiftung Warschau hat im Jahr 2016 Hintergrundgespräche mit Vertretern polnischer Ministerien in Auftrag gegeben. Daraus geht hervor, dass die konservative Partei PiS (Prawo i Sprawiedliwość – dt. Recht und Gerechtigkeit) durchaus an weiterführenden Lösungen im Bereich häuslicher Gewalt, gleicher Bezahlung und effektiver Unterhaltszahlungen für Kinder im Falle der Trennung ihrer Eltern interessiert ist. Allerdings setzt sie auf ein sogenanntes Familien- statt Gender-Mainstreaming. Auch deswegen kommen beide Seiten selten miteinander ins Gespräch. Zumeist dominieren die Megafone. Und die Gretchenfrage in diesem Streit lautet ganz konkret: Wie hältst du's mit der Abtreibung?

Ähnlich wie in Irland und Malta gilt in Polen ein sehr restriktives Abtreibungsrecht: Ein Abbruch ist nur erlaubt, wenn die Schwangerschaft aus einer Straftat hervorging, die Gesundheit oder das Leben der Mutter direkt bedroht sind oder der Fötus schwer geschädigt ist. Dieser sogenannte Abtreibungskompromiss von 1993, erzwungen gegen den gesellschaftlichen Mehrheitswillen, gilt neben dem Religionsunterricht in den Schulen als eines der wichtigsten Symbole für den weitreichenden politischen Einfluss des polnischen Episkopats. Naturgemäß haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht wenige an den Status quo gewöhnt. Stillschweigend jedoch hält sich die überwiegende Mehrheit (etwa 80 Prozent) der Bevölkerung nicht an die Vorgaben ihrer männlichen Kirchenoberen zum Abtreibungsrecht (und im weiteren Sinne an deren Vorstellung von Sexualmoral überhaupt).

Nach unterschiedlichen Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen nehmen pro Jahr über 100.000 Polinnen Abtreibungen in privaten Kliniken, mit aus dem Ausland eingeführten Pillen oder bei Reisen ins Ausland vor. Jüngst kam eine Umfrage zu dem Ergebnis, dass sich nur elf Prozent für ein Totalverbot aussprachen, während 39 Prozent der weiblichen beziehungsweise 35 Prozent der männlichen Befragten eine Liberalisierung der geltenden Regelung befürworteten.

Der Auslöser für die jüngsten Frauenproteste war ein im März 2016 von ultrakonservativen kirchlichen Basisgruppen über ein Volksbegehren ins Parlament eingebrachtes Gesetzesprojekt, das einen mit drakonischen Strafen bewehrten hundertprozentigen Abtreibungsstopp durchzusetzen versuchte. Im Gegensatz zu einem konkurrierenden Antrag zur Liberalisierung des Rechts wollte die nationalkonservative Parlamentsmehrheit dieses Gesetzespaket ernsthaft diskutieren. Im Grunde ging es aber um die Scheinheiligkeit des politischen Diskurses, gerade auch angesichts der von Ärzten und Apothekern in der Praxis immer breiter angewendeten „Gewissensklausel" in Bezug auf rechtlich zulässige Abtreibungen und die drohende Einschränkung des Verkaufs von Verhütungsmitteln – besonders der „Pille danach", die fälschlich als „Abtreibungspille" bezeichnet und demnächst nur noch auf Rezept erhältlich sein wird. Dahinter steht nicht zuletzt auch die soziale Klassenfrage, wer wann, wie und wo Zugang zu medizinischen Leistungen hat.

Am 3. und 24. Oktober 2016 sowie anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März 2017 protestierten jeweils etwa 100.000 Frauen in vielen Orten in Polen, gerade auch außerhalb der Großstädte, in schwarzer Kleidung und mit schwarzen Regenschirmen. Dass der Totalverbotsvorstoß durch diesen „schwarzen Protest" zunächst gestoppt wurde, ist der tiefgreifenden Mobilisierung vor allem junger, bisher „unpolitischer" Frauen (etwa im Netzwerk Dziewuchy Dziewuchom – dt. Mädels für Mädels) zu verdanken, die unabhängig von den professionellen, aber teils recht hermetischen polnischen Frauenrechtsorganisationen agieren. Angesichts des progressiven gesellschaftlichen Veränderungsdrucks ist es die katholische Kirche, die die PiS braucht – und nicht umgekehrt. Beide eint die Ablehnung des Gender-Konzepts, aber Frauenfeindlichkeit kann man der Regierungspartei nicht zuschreiben. Chancen für eine echte Liberalisierung dürfte es aber nur geben, falls es bei den Parlamentswahlen in zwei oder sechs Jahren zu einem polnischen Macron-Effekt kommt.

CC BY 2.0 by Iga Lubczańska

Bis es soweit ist, wird sich die Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau auch weiterhin für die Stärkung von Frauenrechtsgruppen sowie deren nationale wie internationale Vernetzung einsetzen, relevante Akteure schulen und für die öffentliche Diskussion zum Thema wichtige Expertisen veröffentlichen. Für den Herbst 2017 bahnt sich eine Wiederholung der Auseinandersetzung unter geänderten Vorzeichen an: Nun wollen Abtreibungsgegner mit Unterstützung der PiS zunächst ein Verbot der Abtreibung schwer geschädigter Föten durchsetzen.❍

Lauter!Stärker!Weiter! – Netzwerktagung Geschlechterdemokratie

Kathrin Bastet, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Die Wahl von Donald Trump und seiner sexistischen politischen Agenda, die Anti-Gender-Politik der nationalkonservativen polnischen Regierung, der Gesetzesentwurf der Türkei zur Legalisierung sexueller Übergriffe, der jährliche, politisch unterstützte Marsch der sogenannten Lebensschützer in Annaberg-Buchholz zeigen: Der Anti-Feminismus wächst – aber auch die Gegenwehr.
So trifft Trump auf die Women's Marches, die polnische Regierung muss sich den „Czarny"-Protesten beugen, in der Türkei stellen sich Feministinnen unter großer persönlicher Gefahr der patriarchalen Diktatur in den Weg – und im Erzgebirge wird lautstark für das Recht auf Selbstbestimmung protestiert. Selbst im konservativen Sachsen blüht mancherorts die feministische Szene auf: Konzerte, politische Vortragsreihen, Ausstellungen und Lesezirkel widmen sich der Eroberung und der Verteidigung des Rechts auf körperliche, politische und gesellschaftliche Selbstbestimmung.
Die Tagung „Lauter!Stärker!Weiter!" wirft mit Vorträgen und Workshops einen genaueren Blick auf internationale, nationale und lokale Bewegungen, Kampagnen und erfolgreiche Politik. Wer ist wo und wie aktiv? Was können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die eigene Arbeit ableiten? Wo liegen blinde Flecken und braucht es neue Bündnisse?
Die Netzwerk-Tagung am 28. Oktober 2017 ist eine Veranstaltung von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen in Kooperation mit der Landesstelle für Frauenbildung und Projektberatung in Sachsen. Die Veranstalter wollen (queer-) feministisch aktive und (neu-)interessierte Menschen vernetzen, sich von guten Beispielen inspirieren lassen und zusammen planen, wie der Protest politisch werden kann und die Geschlechterdemokratie auch im Bundesland Sachsen vorankommt. Mehr zur Tagung gibt es unter: **www.weiterdenken.de.** ❍

Argumentieren gegen Antifeminismus. Ein Workshop mit „GEGENARGUMENT"

Einblicke von Franziska Wiest,
freie Mitarbeiterin Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

„Frauen und Männer können doch jetzt schon tun, was sie wollen. Keiner schreibt dir was vor."
„Wir diskutieren über Unisex-Toiletten, andere Menschen hungern."
„Gendern ist nervig und bringt doch gar nichts!"
„Diese Homo-Lobby will die Frühsexualisierung unserer Kinder!"
„Die Genderisten wollen die Familie abschaffen!"

Immer wieder diese Aussagen und Parolen. In der Bahn. In der Uni. Mit Freund_innen. Am Kaffeetisch mit der Familie. Und ausgerechnet in diesem Moment fehlt die passende Antwort. Entweder wurde sich bereits stundenlang in Diskussionen verausgabt, deren Ergebnisoffenheit von Anfang an nicht bestand. Oder aus der gewünschten schlagfertigen Antwort in der Bahn wird nur ein kurzes Stottern, ein leiser Atemzug. Um für den nächsten antifeministischen Angriff gewappnet zu sein, stellten sich die Teilnehmer_innen beim Argumentationstraining von „GEGENARGUMENT" diesen Parolen.

Doch wie mit persönlichen Angriffen souverän umgehen? Wie eine einfache und prägnante Sprache finden? Was tun, wenn Sachargumente nicht greifen? Wodurch das Gegenüber erreichen, nicht belehrend auftreten und gleichzeitig ein Bewusstsein für strukturelle Bedingungen schaffen?
Zunächst gilt es, die Schrecksekunde zu überwinden. Geeignete Strategien hierfür sind, Rückfragen zu stellen, sich auf das Themenfeld mit eigener Expertise zu konzentrieren, gegebenenfalls Rückhalt durch Gleichgesinnte zu schaffen, um sich dann zu entscheiden, ob eine Diskussion überhaupt infrage kommt.

Dafür kann man sich schon im Vorfeld zu einigen Fragen generell positionieren, zum Beispiel:
- In welchen Situationen will ich diskutieren?
- Wann will ich auf keinen Fall diskutieren?
- Wann will ich zwar nicht diskutieren, mich aber positionieren?
- Will ich eventuell auch etwas ganz anderes tun?

Findet dann eine Diskussion statt, können unterschiedliche Argumentationsebenen eingezogen werden. Hier ein Beispiel aus dem Workshop: „Was wollt ihr denn immer mit eurem Feminismus?! Heutzutage sind Frauen doch längst gleichberechtigt!"
- **Differenzieren/nachfragen:** Wen meinst du denn genau mit „ihr"? Woran machst du fest, dass es bereits eine Gleichberechtigung gibt?
- **Entdramatisieren:** Wo ist denn das Problem? Was macht dich wütend? Wo betrifft dich das Thema?
- **Empathie einsetzen:** Wie würdest du dich fühlen, wenn du weniger verdienen würdest für die gleiche Arbeit?
- **Humanistisch argumentieren:** Ich wünsche mir, dass wir in einer Gesellschaft leben können, in der Gleichberechtigung nicht nur bedeutet, formal gleiche Rechte zu haben, sondern in der alle Menschen frei entscheiden können, wie sie leben, lieben und arbeiten wollen.
- **Menschenreche/Gesetze ansprechen:** Nach dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, europa- und menschenrechtlichen Grundlagen ist eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Identität rechtswidrig.

Eine Patentlösung gibt es selbstverständlich nicht. Für die nächste Diskussion ist allerdings in jedem Fall im Hinterkopf zu behalten: Fragen. Fakten. Rechtliche Grundlagen. Konkrete Beispiele einfordern. Pauschalisierungen verhindern. ❍

Antifeminismus ist kein neues Phänomen. Unter dem Begriff Antifeminismus versteht man ablehnende Reaktionen auf Emanzipations- und Gleichberechtigungsforderungen von Frauen. Zumeist fallen antifeministische Einstellungen mit der Diskriminierung von nicht-heterosexuellen Menschen und queeren Familien zusammen.*
Antifeminismus ist politisch wieder salonfähig geworden und Bestandteil rechtspopulistischer und rechtsextremer Muster und Politiken.
Geschlechterdemokratie ist eine der tragenden Säulen der Arbeit von Weiterdenken als grünennahe Stiftung. Regelmäßig bietet Weiterdenken Diskussions- und Weiterbildungsformate zum Thema an. Der Workshop mit den Trainerinnen von „GEGENARGUMENT" im Mai 2017 war ein besonders intensives und am Alltag der Teilnehmenden orientiertes Angebot. Mehr unter www.gegen-argument.de

CC BY-NC 2.0 by Leo Reynolds

Erste Ergebnisse zu einer inklusiven politischen Bildung. Eine theoriegestützte und praxisorientierte Skizze

Tina Hölzel, David Jugel und Felix Prehm, Zentrum für inklusive politische Bildung (ZipB)

Inklusion ist nun schon seit einigen Jahren ein gesellschaftlich heiß diskutiertes Thema. Auch Weiterdenken – Akteur politischer Bildung in Sachsen – beschäftigt sich spätestens seit 2012 intensiv mit diesem Thema. Schnell wurde in dieser Auseinandersetzung deutlich, dass sich nicht nur Institutionen und Politik verändern müssen, sondern auch die politische Bildung. Daher hat sich 2014 das Zentrum für inklusive politische Bildung (ZipB) in Kooperation mit der sächsischen Heinrich-Böll-Stiftung und der Technischen Universität Dresden gegründet. Von Anfang an stand dabei die Frage im Fokus, wie sich politische Bildung verändern muss, damit alle Menschen daran teilhaben können.[1]

Abschlussworkshop Standort Dresden, Foto: Felix Prehm

Ein solcher Teilhabe-Anspruch zielt auf praktische Veränderungen ab. Es geht hier nicht nur um wissenschaftstheoretische Fragen, sondern um konkrete Zusammenarbeit mit den politischen Bildungspraktiker*innen. Zu den frühen Erkenntnissen gehörte, dass sich politische Bildungsangebote für neue Teilnehmer*innenkreise öffnen müssen.

In den vergangenen beiden Jahren sammelte das ZipB in Kooperation mit den Lernzentren des Vereins Lernort Stadion in Berlin und Dresden zahlreiche Erfahrungen und Erkenntnisse mit einem heterogenen Teilnehmer*innenkreis, der bislang nicht zum regelmäßigen Publikum der Angebote von Weiterdenken zählte. Aus der engen Zusammenarbeit ergaben sich viele bisher unbekannte Perspektiven, Bedarfe sowie auch Wissensbestände für politische Bildungsarbeit. Im Folgenden werden ein paar Schlaglichter dieser neuen Perspektiven skizziert.

Als zentrales Element inklusiver politischer Bildung konnten dialogische und kooperative Interaktionsprozesse identifiziert werden. Das bedeutet, dass politische Bildungsangebote einen Raum für den gemeinsamen Austausch verschiedener Menschen bereitstellen sollten, um miteinander ein (Weiter-)Denken zu ermöglichen. Kommt dieser Anspruch auch als bereits bekannte pädagogische Maxime daher, so ergeben sich im Kontext inklusiver Bildung doch neue und herausfordernde Konsequenzen:

Sinn und Bedeutung: Beim Blick auf eigene Interessenlagen erscheint es oft ganz naheliegend, dass Angebote, die wahrgenommen werden sollen, auch eine Bedeutung beziehungsweise einen Sinn für eine*n selbst haben sollten. Dieses scheinbare Selbstverständnis wird im Kontext politischer Bildungsangebote jedoch häufig vergessen. So sind lebensweltliche Perspektiven eher die Ausnahme. Die Regel sind institutionen-fokussierte Vorstellungen politischer Bildung, die weniger gesellschaftliche Auseinandersetzungsprozesse und vielmehr enge politische Vorstellungen vermitteln wollen. Hier bedarf es zunächst einer Sensibilisierung und damit einhergehend einer Öffnung politischer Bildungsthemen entlang der Interessen und Bedürfnisse der Teilnehmer*innen. Im Austausch mit jungen Menschen[2], die sich in unterschiedlichsten Lebenslagen befanden, wurden immer wieder politische Themen kommuniziert, die lebensweltliche Bezüge haben und von großer Bedeutung für viele sind. Das waren zum Beispiel gesellschaftspolitische Themen wie (Un-)Gerechtigkeit, Frieden und Problembewältigungsstrategien. Gleichzeitig wird eine Entwicklung in der zwischenmenschlichen Diskussion um politische Themen beschrieben, die sich auch gesellschaftlich beobachten lässt. Menschen nehmen vieles Politische als „heißes Eisen“ wahr, das emotionale Verletzungen und hitzige Streits auslösen kann und im Dialog lieber vermieden wird. In diesem Kontext werden Themen wie Flüchtlingspolitik, Politik in Ländern hoher Migrationsbewegungen (zum Beispiel Türkei) sowie kriegerische Konflikte und Auseinandersetzungen in der Welt wiederholt genannt. Aus Sicht der Teilnehmer*innen im Lernort Stadion bedarf es hier besonderer Räume, Regeln und einer engen Vertrautheit untereinander, um sich öffnen zu können.

Gemeinsamer Gegenstand: Bereits an diesem Punkt wird deutlich, dass sich inklusive Prozesse oft in einem Spannungsverhältnis zwischen individuellen Bedürfnissen und Interessen sowie der notwendigen gemeinsamen Interaktion abspielen. Ein gemeinsamer Gegenstand ermöglicht, an einer gemeinsamen Idee, Aufgabe beziehungsweise einem gemeinsamen Ziel sowohl individuellen Bedürfnissen und Interessen nachzukommen als auch dem notwendigen Austausch zwischen Menschen Raum zu geben. Besonders Formate, die ergebnisoffen und gleichzeitig produkt-orientiert angelegt sind, kommen diesem Anspruch nach. Praktisch gedacht und ausformuliert, haben sich in der wissenschaftlichen Begleitung immer wieder medial und methodisch spannende Formate wie Talkshows, Videotagebücher (Vlogs) oder Videoclips bewährt. Sie ermöglichen in unterschiedlichen Rollen (Techniker*innen, Ton-Beauftragte, Regie, Moderator*innen ...) die Arbeit an einem gemeinsamen Produkt, das als nachhaltiges Take-Away (Selbst-)Wirksamkeit und Anerkennung erzeugt und zugleich als Erinnerung/Zusammenfassung mitgenommen werden kann.

Bindung und Anerkennung: Bei Überlegungen zur Konzeption und Durchführung von Bildungsangeboten gilt es stets mitzudenken, dass der emotionale Rahmen zwischen allen Anwesenden eine zentrale Bedingung für das Gelingen inklusiver politischer Bildungsangebote darstellt. Die Kooperation mit den Lernzentren zeigte, dass für gelungene Austausch- und Lernprozesse eine wertschätzende und anerkennende Umgangskultur geschaffen werden muss, die immer wieder Bindung herstellt und so Menschen für gemeinsamen Austausch zu politischen Gegenständen öffnet. Der Blick in bisherige Angebote verdeutlicht auch, dass eben diese Bindungsarbeit nicht nur vernachlässigt, sondern aufgrund von Unsicherheit sogar gemieden wurde. Hier braucht es neue Sicherheit und Sensibilität für den hohen Stellenwert emotionaler Prozesse und wertschätzender Anerkennung in der politischen Bildungsarbeit.

Diese zentralen Elemente inklusiver politischer Bildungsangebote bringt das ZipB nun in der weiterführenden Kooperation mit Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen noch stärker in die Konzeptions- und Durchführungsprozesse praktisch ein.

ZipB-Stempel, Foto: Tina Hölzel

Anmerkungen:

[1] Vgl. David Jugel und Tina Hölzel: Fachbeitrag: Inklusive politische Bildung etablieren – Standpunkte, Herausforderungen und Lösungsansätze. http://politischejugendbildung.de/publikationen/online-dossier-inklusion.html, 2017

[2] Hier wird Bezug genommen auf ein aktuelles Forschungsprojekt des ZipB mit der Bundesliga-Stiftung. Die Projektgruppe begleitet verschiedene Lernzentren wissenschaftlich in ihrer inklusiven Entwicklung. ❍

Quo vadis Türkei? Was kommt nach dem türkischen Referendum?

Kristian Brakel, Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung Istanbul, antwortet auf aktuelle Fragestellungen zur Entwicklung in der Türkei

Eines hat das Verfassungsreferendum in der Türkei gezeigt: Es steht um das „System Erdogan" nicht so gut, wie der türkische Präsident mit seiner markigen Rhetorik uns glauben machen will. Erdogans Unnachgiebigkeit bei der Einführung eines Präsidialsystems ist nicht zuletzt ein Zeichen seiner Angst, dass ihm die Dinge entgleiten. Mit dem Referendum versuchte er, verschiedene Machtpole wieder unter seine Kontrolle zu bringen: die Bevölkerung, seine eigene Partei, die AKP, und den Beamtenapparat. Zwar hat Erdogan das Verfassungsreferendum knapp gewonnen, aber das heißt nicht, dass er alle seine Ziele erreichen wird.

Was waren die überraschendsten Ergebnisse des Referendums?

Strahlende Sieger sehen anders aus. Präsident Erdogan wirkte angeschlagen, als er nach dem Referendum vor die Presse trat. Er hatte mit einer höheren Zustimmungsrate gerechnet. Es überraschte nicht nur, dass einige Provinzen in Anatolien, die sonst fest hinter der AKP stehen, mehrheitlich mit „Nein" votierten, sondern auch, dass alle drei Großstädte und vor allem Istanbul an das Nein-Lager fielen. Erdogan war lange Zeit Istanbuls Bürgermeister gewesen und verfügt hier über viele Anhänger. Istanbul allein trägt ein Drittel zum türkischen Bruttoinlandsprodukt bei. Auch die restlichen zwei Drittel kommen fast alle aus Regionen, die jetzt mit Nein gestimmt haben. Für das Nein-Lager hingegen war überraschend, dass die Ablehnung der Verfassungsreform in den kurdischen Gebieten nicht so absolut war, wie man das nach einem Jahr Krieg hätte erwarten können. Von den zwölf Provinzen, die noch 2015 bei der türkischen Parlamentswahl an die HDP fielen, haben jetzt zwei für ein knappes Ja gestimmt. Und auch in den anderen zehn Provinzen konnte die kurdische Opposition nicht immer überwältigende Mehrheiten verbuchen. Überraschend auch: Erstmals seit dem Militärputsch im Sommer 2016 gingen direkt nach dem Referendum wieder Menschen in einer nichtangemeldeten Demonstration auf die Straße.

Wie stabil ist das System Erdogan?

Die Bevölkerung hat gezeigt, dass sie nicht mehr so geschlossen hinter dem Präsidenten steht wie noch kurz nach dem Putschversuch, als der Präsident Umfragewerte von weit über 60 Prozent Zustimmung verzeichnen konnte. Schon die Parlamentswahl im Juni 2015, bei der die AKP einen gehörigen Stimmverlust einfuhr, bewies, dass der AKP die Wähler wegbrechen. Ob sich das auch auf die Wahlen 2019 übertragen lassen wird, ist noch unklar. Dazu bräuchte die Opposition, die in verschiedene ideologische Lager zerfällt, einen gemeinsamen Kandidaten des Mitte-Rechts-Spektrums oder aber zumindest den Willen der oppositionellen Wähler/innen, notfalls auch jemandem die Stimme zu geben, mit dessen politischen Positionen sie nichts anfangen können. Erdogans Vorsprung mag zusammenschmelzen, aber die Zuspitzung des politischen Systems auf zwei Lager (konservativ-nationalistisch versus Kemalisten, Linke, links-nationalistische Kurden und abtrünnige Nationalisten) gibt ihm den Vorteil, dass es vermutlich keinen Kandidaten geben wird, auf den sich die Opposition einigen kann.

Auch wenn das Präsidialsystem viele Kompetenzen auf Erdogan als Person vereinigen wird, so sind Teile der neuen Verfassung doch darauf ausgelegt, dass seine Partei, die AKP, im Parlament die Mehrheit hat. Hier liegt eine kleine Chance für die Opposition. Sollten die Unzufriedenen aus den Reihen der rechts-nationalistischen MHP und der AKP eine neue Partei gründen, könnte sie der AKP unter Umständen bis zu 20 Prozent der Wähler/Innen abziehen und die Möglichkeiten des Präsidenten durchaus einschränken. Es ist allerdings unklar, ob es möglich sein wird, eine neue Partei zu gründen.

Urheber/in: Caratello. Dieses Bild steht unter einer Creative-Commons-Lizenz.

Wie werden sich die Beziehungen zu Europa entwickeln?

Sie werden weiterhin angespannt bleiben. Erdogan strebt mit der EU ein Verhältnis an, dass rein auf wirtschaftliche Beziehungen ausgerichtet ist. Da es auch in der EU viele konservative Politiker gibt, die so ein Verhältnis bevorzugen würden, sind die Chancen dafür gar nicht schlecht. Allerdings sind die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei viel zu komplex, um sie auf die Faktoren Wirtschaft und Sicherheit reduzieren zu können. Gerade die vielen türkischen Oppositionellen und die Zivilgesellschaft in Deutschland werden dafür sorgen, dass die Entdemokratisierung in der Türkei ein Thema bleibt und ein Gegenstand der Kritik. Gleichzeitig hat Erdogan das Problem, dass viele der türkischen Krisenfaktoren – von der schlechten Wirtschafts- bis zur desaströsen Sicherheitslage – nicht so einfach in den Griff zu bekommen sind. Je schwieriger es für die Regierung wird, positive Ergebnisse zu produzieren, desto mehr wird Erdogan sich Sündenböcke suchen. Gerade auch, weil er gegenüber der EU wesentlich weniger Druckpotential in der Hand hat, als er seine Wähler glauben machen will. Der Flüchtlingspakt etwa, der noch im letzten Jahr im Wochentakt als Drohkulisse gegenüber der EU aufgebaut wurde, hat jetzt – da die Balkanroute abgeriegelt ist – viel von seiner Druckwirkung verloren. Das macht es für die EU aber nicht ungefährlicher. In dem Versuch, neues Druckpotential aus der hohlen Hand zu zaubern, verhaftet die türkische Regierung EU-Bürger/innen wie etwa Deniz Yücel oder Olivier Bertrand. Jüngst haben die EU und die Türkei am Rande des NATO-Gipfels zwar für einen Neustart der komplizierten Beziehungen geworben, aber es ist nicht zu erwarten, dass das Tauwetter von Dauer sein wird. Die geplante Erweiterung der Zollunion, auf die beide Seiten jetzt setzen, um das Verhältnis zu stabilisieren, könnte am Ende nicht das erhoffte Ergebnis liefern, da es große Hindernisse bei der Umsetzung gibt. So ist zum Beispiel eine Öffnung des EU-Marktes im Bereich Dienstleistungen vorgesehen, damit dies implementiert werden kann, wäre aber die Einführung der Freizügigkeit für türkische Staatsbürger/innen notwendig. Es ist unwahrscheinlich, dass die EU-Mitgliedsstaaten in Zeiten geschlossener Außengrenzen dem zustimmen werden.

Die Ankündigung, neue außenpolitische Allianzen im Osten zu suchen, ist ein Dauerbrenner in Erdogans rhetorischem Repertoire. Der Kauf russischer S-600-Luftabwehrraketen, die nicht mit den NATO-Systemen kompatibel sind, macht schon seit mehreren Jahren regelmäßig Schlagzeilen. Genau wie mit den Raketen verhält es sich aber auch mit dem Rest der türkischen Ankündigung, künftig den Shanghai-Kooperationsrat der NATO- und EU-Bindung vorzuziehen. Es sind in erster Linie verzweifelte Signale an Washington, die schwierig umsetzbar wären. Zwar möchte die Türkei nur zu gern ihr diplomatisches Partnerspektrum diversifizieren, aber die Möglichkeiten dafür sind gering. Russland und China, die als einzige Weltmächte an das militärische Potential der NATO heranreichen, behandeln die Türkei maximal als Juniorpartner. Nirgendwo zeigt sich das eindrucksvoller als bei der türkischen Militärintervention in Syrien. Anders als im NATO-Rat sitzt die Türkei nicht gleichberechtigt mit den beiden Schwergewichten China und Russland an einem Tisch. Dazu verfolgt gerade Russland in Bezug auf Schlüsseldeterminanten türkischer Außenpolitik (Syrien, PKK, Krim, Schwarzes Meer, Bergkarabach) diametrale Ziele. Und auch in der Wirtschaft wird es schwierig sein, die EU zu ersetzen. Sie bleibt mit über 60 Prozent Anteil der wichtigste Handelspartner der Türkei. Zwei Drittel der ausländischen Direktinvestitionen kommen aus EU-Ländern, allen voran aus den Niederlanden und Deutschland. Eine relativ große und junge Bevölkerung sowie geringe Lohnkosten machen die Türkei als Standort für europäische Firmen attraktiv. Russland und China verfügen selbst über derartige Potentiale. Anders als für EU-Firmen gibt es für China und Russland also wenig Anreize, ihre Geschäfte in die Türkei zu verlagern. Das alles spricht dafür, dass wir weiterhin ein angespanntes Zweckbündnis mit Russland erleben werden, während die Beziehungen mit Europa unterkühlt bleiben, aber ein gänzlicher Bruch ist unwahrscheinlich. ❍

Von Weissen Wölfen
Neonazi-Terror als Comic-Ausstellung

Hannah Eitel, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Die Stadt Dortmund hat eine der aktivsten Neonazi-Szenen Deutschlands. Rechte Gewalttäter/innen vertrieben hier Familien aus ihren Häusern und brachten im Laufe der Jahre mehrere Menschen um. Heute ziehen sie mit Fackeln vor Flüchtlingsheime und schicken Journalist/innen Todesanzeigen.
In der grafischen Reportage „Weisse Wölfe“ folgen die Betrachter/innen dem Journalisten David Schraven bei seiner Recherche in der Dortmunder Neonazi-Szene. Alles beginnt nach dem Bekanntwerden der rassistischen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) mit einer Frage: Warum fahren Nazis aus Sachsen ausgerechnet nach Dortmund, um dort einen türkischen Migranten zu ermorden? Auf der Suche nach einer Antwort entwickelte der Autor zusammen mit dem Zeichner Jan Feindt eine grafische Reportage, in der sie die Ideologie der Neonazis enthüllen. Und sie zeigen: Es sind regionale Gruppen wie jene in Dortmund, die Anschläge nach Art des NSU erst möglich machen.

Anhand der Biographie eines Dortmunder Jugendlichen, der immer tiefer in eine Welt aus Hass und rassistischem Wahn abtaucht, deckt „Weisse Wölfe“ die internationalen Verflechtungen neonazistischer Terrorgruppen auf. Die Reportage zeigt, wie Organisationen wie das verbotene Netzwerk Blood &Honour funktionieren, was zu ihren Strategien gehört und wie gut Neonazis europaweit vernetzt sind. Vor dem Hintergrund der Reportage kann darüber diskutiert und aufgeklärt werden, dass der NSU kein isoliertes Trio war, sondern über ein breites Netzwerk verfügte. Zwar spielt der Comic sich in Dortmund ab, doch ist er als Einstieg für die Auseinandersetzung mit Neonazi-Strukturen in Sachsen und bundesweit geeignet.

Quelle: Jan Feindt, David Schraven, Correctiv.

Comic als alternatives Bildungsformat

„Wir glauben, man begreift erst vor den Bildern stehend richtig, dass die beschriebenen Handlungen in der grafischen Reportage Realität sind und nicht frei erfunden.“
David Schraven, Autor von „Weisse Wölfe“

Mit der Ausstellung ausgewählter Motive aus der Reportage „Weisse Wölfe” werden die Hintergründe von neonazistischen Anschlägen in Dortmund und anderen Regionen Deutschlands erhellt. Die Ausstellung besticht als eine begehbare Reportage über den Neonazi-Terror.

Verschiedene Erzähl- und Darstellungsebenen werden zueinander räumlich in Beziehung gesetzt, schaffen so ein Erlebnis zwischen Unmittelbarkeit und Abstraktion, Nähe und Distanz. Besucherinnen und Besucher können selber entscheiden, in welchem Tempo und in welcher Reihenfolge sie die Erzählung von Autor David Schraven und Zeichner Jan Feindt erkunden. Es entstehen einzigartige Verknüpfungen, Begegnungen und Reflektionsmomente, die einen Diskurs fernab tradierter Wege eröffnen.

Das Format der gezeichneten Reportage eignet sich für einen alternativen Einstieg in das Thema Neonazismus, gerade auch für die politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Bilder machen die Debatte weniger abstrakt, weil alle Teilnehmenden eine anschauliche Vorstellung von den Personen, aber auch den Taten entwickeln können. Auch als Begleitprogramm der Ausstellung bieten sich daher kreative Formate an, etwa Workshops zu künstlerischem Aktivismus oder Comic-Zeichnen, ebenso inhaltliche Veranstaltungen zu Neonazi-Strukturen oder Ideologien der Ungleichwertigkeit. Gern unterstützt Weiterdenken bei der Organisation eines Rahmenprogramms. ❍

Informationen zur Ausleihe

Die Ausstellung ist eine Auswahl der Original-Ausstellung des Correctiv-Verlags. Die Ausstellung kann bei Weiterdenken entliehen werden. Informationen und Kontakt unter www.weiterdenken.de/de/weisse-woelfe.

Die grafische Reportage „Weisse Wölfe“ ist kostenfrei online zu lesen unter www.weisse-woelfe-comic.de.

Wissen wollen oder wissen müssen? Die neue Pränataldiagnostik und ihre Konsequenzen

Dr.Anne-Katrin Olbrich, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Die moderne Pränataldiagnostik bietet immer mehr Informationen über den wahrscheinlichen Verlauf einer Schwangerschaft und den Zustand des ungeborenen Kindes. Die neuen Möglichkeiten werfen aber auch ethische Fragen auf: So wird aktuell diskutiert, ob der sogenannte Praena-Test bei „Risikoschwangerschaften" (alle Schwangeren ab 35 Jahren) eine Kassenleistung werden soll. Mit diesem Test kann anhand des Blutes der Frau analysiert werden, ob das Ungeborene das Chromosom 21, 13 oder 18 dreifach statt zweifach besitzt. Werden diese Tests zum Standard, steht infrage, ob es überhaupt noch die Möglichkeit des gewollten „Nichtwissens" geben wird.
Kritiker_innen sehen Frauen stark unter Druck gesetzt, sich gegen ein Kind mit Down-Syndrom oder einer anderen Trisomie zu entscheiden, wie es Erfahrungen aus anderen Ländern nahelegen. Befürworter_innen werten die Ausweitung der Pränataldiagnostik als einen wichtigen Schritt hin zu einer informierten und risikofreien Entscheidung der Schwangeren.
Weiterdenken hat die gesellschaftlichen, politischen und ethischen Fragen in einer kontroversen Veranstaltung diskutiert. Gäste waren Monika Hey, Autorin des Buches „Mein gläserner Bauch", und Dipl.-Med. Uwe Schilling, Praxis für Pränataldiagnostik, Dresden. Das Projekt war eine Kooperation mit „upside down Dresden", dem Deutschen Hygiene-Museum Dresden und der Sächsischen Landesärztekammer. Die Diskussion warf viele Fragen auf und machte die zum Teil stark konträren Positionierungen deutlich.
Weiterdenken hat einige zentrale Gesichtspunkte noch einmal bei der Moderatorin des Abends, Dr. Anne-Katrin Olbrich, nachgefragt. Sie arbeitet unter anderem als psychsoziale Beraterin in der Pränataldiagnostik und ist Vorständin bei Weiterdenken.

Die Debatte rund um den sogenannten Praena-Test als Kassenleistung zeigt zahlreiche Konfliktlinien auf. Was sind die für dich kritischsten Punkte, die einer weiteren Debatte bedürfen? Wie kann die Diskussion konstruktiv geführt werden?

Ich denke, der Praena-Test als solcher ist nicht das Problem. Er kann eine Chance sein, frühzeitig zu erkennen, ob der Embryo ein Chromosom zu viel hat. Und vermutlich ist es nur eine Frage der Zeit, das weitere Chromosomenanomalien identifiziert werden können. Ich kann verstehen, weshalb einige Ärzte hoffen, dass damit invasive Methoden wie die Fruchtwasserpunktion vermieden werden können, mit denen immer auch ein Risiko verbunden ist, die Schwangerschaft zu gefährden.
Ich sehe das Problem eher in der Dynamik der Entwicklung der Pränataldiagnostik verbunden mit dem Druck, selbstverständlich alle Untersuchungen in Anspruch zu nehmen, und der Konsequenz, dann auch die Schwangerschaft abzubrechen. Der Praena-Test ist nur insofern eine besondere Eskalationsstufe, weil er Frauen in einem sehr frühen Stadium der Schwangerschaft vor eine Entscheidung stellen kann. Das wäre für mich in Ordnung, sofern sie trotzdem Zeit für ihre Entscheidung bekämen. Meine Sorge ist, dass der Druck wächst, dann sehr schnell zu entscheiden, damit der Abbruch weniger kompliziert wird. Nach meiner Erfahrung ist aber das Wichtigste, dass Frauen sich selbst in ihrer Entscheidung sicher fühlen und nicht bedrängt werden. Das war für mich auch der wichtigste Punkt in dem Buch von Monika Hey: das Gefühl, nicht mehr selbst bestimmen zu können, welche Untersuchungen gemacht werden, und auch nicht mehr selbst und in Ruhe entscheiden zu können. Der Druck war immens, weil nicht nur ihr selbst Angst gemacht wurde, sondern vor allem auch ihrem Partner Angst gemacht wurde, ob die Fortsetzung der Schwangerschaft für die Gesundheit seiner Frau eine Gefahr bedeuten könnte. Eine Schwangerschaft mit einem ganz normalen Kind mit Down-Syndrom.

CCO by Laikipia

Welche politischen Maßnahmen stehen aus deiner Sicht in diesem Kontext an?

Ich denke, nicht die Pränataldiagnostik ist das Problem – sie kann auch segensreich sein und Voraussetzung für eine medizinisch gut versorgte Entbindung. Aber der ökonomische und der juristische Druck im Gesundheitssystem sind ein Problem. So habe ich die Kritik von Frau Hey verstanden. Vielleicht wäre es besser, wenn solche Untersuchungen sich nicht im Punktesystem der Finanzierung der Ärzte niederschlagen würden. Die Geräte sind teuer und müssen sich selbstverständlich amortisieren, wenn sie in niedergelassenen gynäkologischen Praxen flächendeckend angeschafft wurden. Deshalb könnte man politisch darüber nachdenken, ob man die Pränataldiagnostik auf die qualifizierten Schwerpunktpraxen konzentriert und anders gut finanziert.
Und: Ärzte brauchen Sicherheit, dass sie nicht juristisch zur Rechenschaft gezogen werden, weil sie „zugelassen" haben, dass eine Untersuchung nicht durchgeführt wurde oder ein Abbruch nicht stattfand. Die bisherige Rechtsprechung („Schadensfall Kind") hat eine Dynamik ausgelöst, dass Eltern nur dann selbst gut entscheiden können, wenn sie alle Risiken kennen. Die Liste an möglichen Risiken kann dann zum Beispiel beim Down-Syndrom sehr lang werden, und mit jedem Risiko wächst die Angst ins schier Unermessliche. Dabei erleben die meisten Eltern dieser Kinder das ganz anders: Es kommen nie alle Risiken zusammen, und das Leben mit Kindern mit Down-Syndrom ist unendlich viel reicher als die Kombination der Risiken. Aber das weiß man nie, bevor man es erlebt hat. Mir scheint, da sind Ärzte sicherer, wenn die Schwangerschaft abgebrochen wird.
Leider gibt es dazu keine politische Debatte mehr. Mein Eindruck ist, dass um diese existenziellen Themen – Präntaldiagnostik, Präimplantationsdiagnostik, Sterbehilfe – die Debatten am Ende um Tabuisierung oder Enttabuisierung geführt werden. Die politische Debatte wird intensiv darum geführt, ob das Tabu gebrochen werden darf. Die Risiken und die Chancen werden hart gegeneinander gestellt. Wenn aber das Tabu gebrochen ist, scheint auch das Thema vom Tisch. Die Betroffenen werden mit der Wucht der Dynamik sich selbst überlassen.

Welche Problemlagen und Chancen siehst du in der zukünftigen ärztlichen Beratung von Schwangeren bezogen auf die Pränataldiagnostik? Was würdest du dir für die Beteiligten dieser Beratungen wünschen?

Bei der medizinischen Beratung steht die Aufklärung über einen Befund im Mittelpunkt. In der psychosozialen Beratung steht die Bedeutung des Befundes für die Frauen beziehungsweise Paare für ihr Leben im Mittelpunkt. Deshalb gehören beide zusammen, wenn man den Menschen und übrigens auch dem Gesetz gerecht werden will. Die embryonale Indikation wurde mit der Neufassung des § 218 abgeschafft. Für die Entscheidung zu einem Spätabbruch steht die physische und psychische Gesundheit der Schwangeren im Mittelpunkt. Es geht also nicht um die mögliche Behinderung des Ungeborenen, sondern darum, wie die künftigen Eltern diese Herausforderung erleben. Dazu gehört auch: Wie wird das Umfeld reagieren, wie der Arbeitgeber? Wo finden sie Unterstützung? Wo können sie vor der Entscheidung Kontakt mit anderen Eltern bekommen, die Erfahrungen weiter- geben können?
Wir sind da auf einem ganz guten Weg, wenn Ärzte sich auf die medizinische Beratung konzentrieren und die psychosoziale Beratung abgeben an die dafür qualifizierten Schwangerenberatungsstellen.

Wird der Test das Leben von Menschen, die bereits mit dem Down-Syndrom leben, verändern? Wie nimmst du die Inklusion und Akzeptanz von ihnen aktuell wahr?

Wenn Eltern sich für ein Kind mit Down-Syndrom entscheiden, wird die Pränataldiagnostik an deren Leben nicht viel ändern. Sie haben sich meist bewusst entschieden. Interessanterweise sagen Eltern, die schon wussten, dass sie ein Kind mit Down-Syndrom erwarten, dass das für sie gut war. Ich höre nicht selten die Sorge, dass man ihnen dann mit Vorwürfen begegnet: Hättest Du das nicht wissen können? Musste das sein? Ich bin mir nicht sicher, wie sehr sich hier ein Wandel in der Wahrnehmung zeigt. Auch vor dieser expandierten Pränataldiagnostik gab es Menschen, die mit Abwehr und Unverständnis auf Kinder mit Down-Syndrom reagierten. Ich erlebe eher eine größere Akzeptanz und viel Unterstützung – im Alltag, in der medizinischen Versorgung und auch in der Wahrnehmung in der Kunst und Öffentlichkeit. Die Freude an dem, was Menschen mit Down-Syndrom ins Leben bringen. Das finde ich eher ermutigend. ❍

Letzte Station für Schutzsuchende: Abschiebeknast Hammerweg

Mark Gärtner, Sächsischer Flüchtlingsrat, Mitarbeiter Öffentlichkeitsarbeit

Protestaktion am 17. Mai 2017 vor dem Sächsischen Landtag. Foto: Mark Gärtner

„Ausreisegewahrsam und Abschiebehaft stehen am Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens.“ So zynisch formulieren es die Vertreter*innen der sächsischen Landesregierung und Koalitionsfraktionen, die Menschen vor ihrer Abschiebung im Dresdner Hammerweg inhaftieren wollen. Mit diesem Satz begeben sie sich auf dünnes Eis. Ende 2016 zeigten zwölf Verbände, darunter PRO ASYL, in einem umfassenden Memorandum, wie unfair Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge inzwischen durchgeführt werden. Warum Anerkennungsquoten trotz gleichbleibender – wenn nicht gar sich verschlechternder – Sicherheitslage sinken, konnte bisher niemand schlüssig erklären. Für Afghanistan betrug im Jahr 2015 die bereinigte Schutzquote, das heißt der Anteil der verschiedenen Schutzstatus-Zusagen bezogen auf die Gesamtzahl der Entscheidungen, noch 77,6 Prozent. 2016 sank diese Quote auf 60,5 Prozent, in den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 erhielten nur noch 46,6 Prozent der afghanischen Asylantragsteller*innen einen Schutzstatus. Auch die in Sachsen angebotene Beratung zur „freiwilligen Rückkehr“ bleibt ohne asyl- und aufenthaltsrechtliche Expertise unvollständig. Sie aber wird von der Koalition als milderes Mittel genannt, welches dem Ausreisegewahrsam vorausgehen und ihn im Einzelfall verhindern soll. Nur gibt es häufig noch andere asyl- und aufenthaltsrechtliche Optionen, wie ausreisepflichtige Menschen zu ihrem Bleiberecht kommen können. Die „freiwillige Rückkehr“ ist oft weder freiwillig noch die einzige Option. Die Argumente der Gesetzesbefürworter*innen – seien es die milderen Mittel oder der fehlende Anspruch auf einen Schutzstatus –, sie verfangen nicht, sollen aber einen Eingriff in die Freiheitsrechte von Individuen legitimieren. Dieser Eingriff sei „politischer Wille“, so argumentierte die Koalition freiheraus. Er ist politischer Wille, weil die Landesregierung den entsprechenden Paragraphen (im Bundesrecht § 62 b AufenthG) im Aufenthaltsrecht nicht anwenden muss.

Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst sowie der Sächsische Flüchtlingsrat begleiteten den parlamentarischen Gesetzgebungsprozess bis zur Abstimmung des Sächsischen Landtags. Nach dem im Mai 2017 beschlossenen Gesetz zum sogenannten Ausreisegewahrsam können abgelehnte Schutzsuchende nun unter richterlicher Anweisung bis zu vier Tage vor der Abreise in Gewahrsam genommen werden. Voraussetzungen dafür sind Anzeichen, dass sich der*die Schutzsuchende seiner*ihrer Ausreise widersetzen könnte.

Die grundsätzliche Ablehnung des Ausreisegewahrsams basiert vor allem auf der Tatsache, durch Studien des Jesuiten-Flüchtlingsdiensts erwiesen, dass Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam krank machen. Menschen, deren einziges Verbrechen der „falsche Pass“ ist, leiden unter der drastischen Haftsituation. Dies umso mehr, wenn Kinder betroffen sind. Auch sie sollen inhaftiert werden. Wird davon ausgegangen, dass nicht die mechanische Anwendung von Recht und Gesetz Sinn und Zweck des Rechtsstaats ist, sondern der Schutz des Individuums vor der Gewalt des Staates, dann kann es keine Argumente für dieses staatliche Gewaltmittel geben.

Gemeinsam mit Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen veranstaltete der Flüchtlingsrat im April 2017 eine Podiumsdiskussion, in der beide politische Positionen aufeinandertrafen. Auf dem Podium saßen die Landtagsabgeordneten Petra Zais (Bündnis 90/Die Grünen) und Christian Hartmann (CDU). Begleitet wurde ihre Diskussion durch die Expertise Stefan Keßlers vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst. Konsens herrschte darüber, dass Recht nicht beliebig angewandt werden dürfe. Nur die Auslegung dieses Konsenses erfolgte auf verschiedene Weise. Den nicht verhandelbaren Menschenrechten stand der handlungsfähige Staat gegenüber. Zwei nahezu unversöhnliche Rechtsauffassungen, die ein Sowohl-als-auch unmöglich machen. Dennoch versuchte die Koalition aus CDU und SPD, mit einem Sowohl-als-auch den Ausreisegewahrsam zu „verbessern“. Mittels eines neu zu schaffenden Beirats, zusammengesetzt aus Vertreter*innen aus Politik und Zivilgesellschaft, könnte die Kontrolle der Inhaftierung Schutzsuchender gegeben sein.

Doch dass jede*r Einzelne, der den Dresdner Hammerweg von innen sehen wird, die Inhaftnahme nie vergessen wird, dies konnte eine kritische und am Tag der Abstimmung auch protestierende Öffentlichkeit nicht verhindern. ❍

Wofür steht Sachsen?

Katrin Kusche, freiberufliche Redakteurin und Journalistin

Der gebürtige Sachse Erich Kästner dichtete einst: „Wir sinn nich so gemiedlich, wie wir schbrechen. / Wir hamm, wenns sein muss, Dinnamid im Bluhd.“ Aber wofür stehen die Sachsen heute?

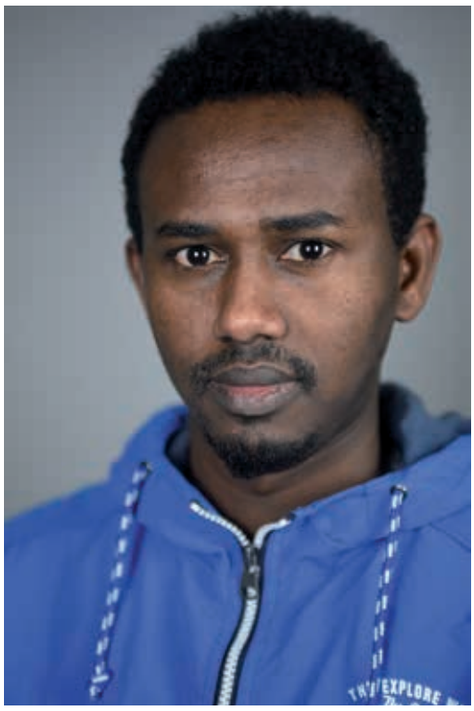
Sind die sogenannten sächsischen Verhältnisse mit der Pegida-Bewegung und den vielen rechten Gewalttaten bezeichnend für Sachsen oder gar ein auf den Freistaat begrenztes Phänomen? Oder muss die zunehmende Radikalisierung der gesellschaftlichen Mitte als Vorbote künftiger politischer Veränderungen in ganz Deutschland verstanden werden?

Heike Kleffner und Matthias Meisner haben mehr als zwanzig Autorinnen und Autoren gebeten, dem titelgebenden Thema ihres Buchprojektes „Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen“ nachzuspüren. In Analysen, Interviews und literarischen Texten beleuchten diese dann beispielsweise den Zustand der sächsischen CDU, die Hintergründe der Pegida-Bewegung und der AfD in Sachsen oder die eigenen Erfahrungen mit Rassismus. Reportagen zeigen die Verhältnisse vor Ort, in Leipzig oder Dresden ebenso wie im Erzgebirge und in Bautzen – auch die Kreativität der Zivilgesellschaft, die vielerorts mit dem Rücken zur Wand demokratische Werte verteidigt. Gut zwei Dutzend Stimmen aus Kunst, Politik und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens reichern mit „Mein Sachsen“-Statements das Buch an.

Der Schwerpunkt des Sammelbandes liegt auf den Entwicklungen zwischen 1990 bis 2016. Die Frage „Warum Sachsen?“ wird von vielen aufgeworfen. Die Autorinnen und Autoren begeben sich auf die Suche nach Antworten, die so einfach nicht sind. Und dann wären wir wieder bei Kästner, der feststellte: „Wenn Sie da nur nich irchendwas verwechseln! Dass Sie uns kenn, das ist noch längsd nich raus.“ Fragen und Antworten sind daher Weiterdenken und der Ch.Links-Verlag, die das Buch gemeinsam herausgegeben haben, auf Diskussionsveranstaltungen in Sachsen weiter auf der Spur. ❍

FACING YOU
Kunst und die eigene Perspektive

Stefanie Busch, Bildende Künstlerin, Projektleiterin

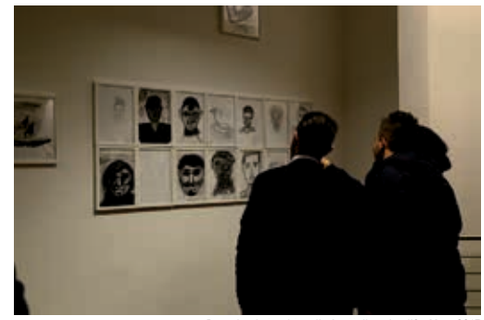


Liban

„Facing you" heißt, sich selbst und dem Gegenüber zu stellen.
Im Zentrum des Projektes steht die Biografiearbeit, das soziale und gesellschaftliche Umfeld, die eigene Persönlichkeit sowie die eigene Geschichte und Gegenwart von Geflüchteten in Dresden. Stefanie Busch ist Bildende Künstlerin und Projektleiterin dieses wöchentlich stattfindenden Kurses.
Die Teilnehmer*innen haben die Möglichkeit, ihre Biografie im Zusammenhang mit ihren Fluchterfahrungen mit Hilfe verschiedener künstlerischer Mittel zu erzählen, zu reflektieren, zu recherchieren, aufzuarbeiten oder fiktional zu bearbeiten. In den ersten Monaten haben die Teilnehmer*innen erfahren, die Welt aus der eigenen Perpektive zu betrachten, den Blick zu schärfen und das zu zeichnen, was sie sehen, nicht das, was sie wissen. So entstanden Porträts, Stillleben und Raumstudien in Tusche, Kohle, Graphit und mit der Fotokamera. Gemeinsam besuchten wir die Ausstellungen „Die beste der möglichen Welten" in den Technischen Sammlungen Dresden, „Dresden 1945" im Panometer, den Schlosspark Pillnitz, das freie Radio coloRadio, das Festspielhaus Hellerau mit dem Golgi Park und dem Refugee Art Center und das Albertinum.
Die erste Ausstellung fand im Frühjahr 2017 beim difo – Dresdner Institut für Fortbildung statt, wo viele der Teilnehmer*innen selber Sprachkurse besuchten.

FACING YOU
Is the first and the best course of drawning I've been in it in my life and it's not just a simple course and that's it.
No it's the place that I feel safe and worm.
I had the drawing hobby since childhood but I didn't had good support, but now I've got the best support ever.
We've began three months ago on Facing you and I hope it will be forever. Every Thursday we came and we draw what is in our minds and what is in our hearts.
We've learned a lot and we've succeeded.
And all the thanks and respect and love and gratitude back to Steffi.
I hope you enjoy the pictures.
Thanks!
Hassan, Rede zur Ausstellungseröffnung am 9.3.2017

Nach dem ersten Teil des aufmerksamen Sehen- und Zeichnenlernens haben die Teilnehmer*innen begonnen, die neuen „Werkzeuge" zu nutzen, um Bilder aus der Erinnerung zu zeichnen: das Wohnumfeld der Kindheit, die Stationen auf dem Weg nach Europa, nach Dresden. Sie lernten in den letzten Monaten Linol- und Holzschnitt kennen. Enstanden ist eine zweite sehr beeindruckende Ausstellung, diesmal in den Räumen des Ausländerrats. Außerdem produzierten die Teilnehmer*innen gemeinsam mit Michael G. Schroeder und Antje Meichsner eine erste Radiosendung, nachzuhören unter **www.soundcloud.com/weiterdenken/facing-you-radiosendung-1**.



Besucher betrachten die Austellung im difo, März 2017

Filmon

Das Projekt „Facing You" wird seit November 2016 vom Bundesprogramm "Kultur macht stark" gefördert, betreut durch den Bundesverband Bildender Künstler und Künstlerinnen.
Es ermöglicht jungen geflüchteteten Menschen zwischen 18 und 26 Jahren den Zugang zu Kunst, Kultur und eigener Kreativität. Die Bündnispartner neben Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen sind der Sächsische Flüchtlingsrat und die kosmotique. ❍

Samuel (vorne) und Moussa (hinten)

Einladungskarte zur ersten Ausstellung im difo, März 2017, mit Hassan (Mitte unten links), Ali (links unten und Mitte unten rechts) und Liban (rechts)

Fotos: Stefanie Busch. All rights reserved.

Vorurteile aufdecken, Menschen und ihre Träume sichtbar machen

Kathrin Krahl, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Das Projekt „RomaRespekt – Lokalrecherchen & Empowerment“ ist seit 2015 bei Weiterdenken angesiedelt. Es geht dabei um Solidarität mit Rom_nja und Sint_ezze gegen Antiromaismus. RomaRespekt unterstützt die Selbstorganisierung von Rom_nja und Sint_ezze in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die historisch-politische (außer)-schulische Jugendarbeit zu Rassismus. Alle Projektaktivitäten sind Teil gesellschaftlicher Vielfalt und setzen starke (Eigen-)Bilder gegen rassistische Stereotype.
In Filmworkshops entstand der Film „Romano Sumnal“ in Zusammenarbeit mit der Roma-Jugendgruppe in Leipzig. Im Rahmen der Arbeit werden außerdem regelmäßige Radiosendungen unter dem Titel „Radio RomaRespekt“ produziert, ebenfalls wurde im Sommersemester 2017 das Seminar „Urbane Studien – Antirassistische Methoden in der Bildungsarbeit“ an der Technischen Universität Dresden veranstaltet.

Der Film

„Romano Sumnal“ ist ein Porträt Leipziger Jugendlicher aus der Roma-Community. Didi, Jashko, Rikardo, Ferida, Elita, Melissa, Julia, Stefan und Nicola sprechen über ihr Leben, über ihre Träume, ihre Zukunft. Wie wird es für sie in Deutschland weitergehen? Wie sicher sind ihre Perspektiven in Zeiten von Abschiebungen? Alle Mitwirkenden sind bei Romano Sumnal – Verein für Roma in Sachsen aktiv.
Kameraführung und Schnittarbeiten lagen in den Händen von Leonore Kasper. Sie studierte bis 2013 Medienkunst an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig und lebt in Leipzig. Sie ist als Mentorin und künstlerische Leiterin für soziokulturelle Filmprojekte tätig.
Der Film kann unter **www.weiterdenken.de/de/film-romano-sumnal** angeschaut werden.

Der Song

„Panika“ – so heißt eine Leipziger Band, deren aktueller Song nachfolgend dokumentiert ist. Die Band entstand im Rahmen der Vereinsaktivitäten von „Romano Sumnal“. Damjan komponierte den Hip-Hop Song „Wahrheit“, in dem es um das Bleiben geht. Stefan, Damjan, Mario und Stefan sind Musiker und Bandmitglieder.
Der Text von „Wahrheit“ lautet: „Wahrheit Golf 1 GTI Golf 2 GTI Golf 3 GTI kad ubacis kluc okrenes Krug da bezinsak punpa Odradi bumm i 7 morona i posle 20 godina svaka masina mu je salba 1 8 16 b pusti 2 hijade sveje. Stegnuto na trapu pustio samo na slabu na haubi busevi o siguraci Rom Roland Roland i LL podizadi beli grom je na ulizi beli grom je stiga dali vidis prasinu Kako je digao GTI GtI S D ugradja. Glasova i GTI BRT mili .... Ja ja daco513 daco 513 raptutak tupak otakipa rapuinava erat KI srbija ja 14 -7 papuinava bizo ton amende nane pauza samo dlon 13 kedime KO 7 sun Leipzig cistin TU To kan 3 perdo SAR o tupak sun o daco o Mario o basi o Stefan pagja To NAK celo rap amen vazdaja KO vis otopazija sar ka pene hic Leipzig Roma rap na peravela men tumendar ni jek krita. 2X. Wunderbar tolle Rede. Man, nichts zu machen. Einen deutschen Pass kriegst du nicht automatisch, wenn du auch noch so lange bleibst in Deutschland. Trotzdem kriegst du nicht den

Bandporträt, entstanden beim Sommerfest von Weiterdenken, Juli 2017
Foto: Kathrin Krahl

deutschen Pass. Mein Wunsch war immer, hier in Deutschland zu bleiben. Ich bete zu Gott, hey lieber Gott, hilf mir einfach, hier in Deutschland zu bleiben. Das ist mein Land, das ist mein Ghetto. Und wenn ich sterbe, dann will ich einfach hier sterben. AAA daco513 daco513.“

Das Radio

Was weiß das Radiopublikum, das meist aus Gadje, aus Personen der Mehrheitsgesellschaft besteht, vom Leben, von den Wünschen oder von den Interessen der Rom_nja und Sint_ezze? Vieles von diesem „Wissen“ basiert auf Jahrhunderte alten falschen Bildern, auf Klischees, bar jeder Realität. Antiromaistische Stereotype halten sich zäh. Sie nerven, machen reale Personen unsichtbar, grenzen aus oder äußern sich sogar gewaltsam. Radio RomaRespekt sendet gegen solch überkommene antiromaistische Stereotype. In Radio RomaRespekt sprechen Sint_ezze und Rom_ja als Expert_innen ihrer Interessen, als Wissenschaftler_innen, Künstler_innen, als Individuen mit selbstgewählten und komplexen Identitäten, als politisch aktive Kämpfer_innen für Respekt, Bürger_innenrechte und menschenwürdige Lebensbedingungen, als Menschen. Auch solidarische Personen, die die Kämpfe von Rom_nja und Sint_ezze unterstützen oder Antiromaismus kritisch reflektieren, kommen zu Wort. Radio RomaRespekt sammelt und verbreitet Wissen – nicht nur Expert_innenwissen, sondern Erfahrungswissen aus politischen Kämpfen und aus gelebtem Leben.

Radio RomaRespekt sendet bei coloRadio in Dresden, Radio corax in Halle/Saale sowie Radio Blau in Leipzig und ist jederzeit nachhörbar auf **www.weiterdenken.de/de/radio-romarespekt.**
Antje Meichsner konzipiert und produziert die Sendereihe Radio RomaRespekt. Die Medienpädagogin ist auch als Klangkünstlerin und Hörspielautorin tätig und arbeitet freiberuflich in den Bereichen Lektorat, Layout/Foto/Grafikdesign und Soundart/Hörspiel. Sie veröffentlichte zusammen mit Kathrin Krahl den Sammelband „Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege“ (**www.weiterdenken.de/de/2016/08/01/viele-kaempfe-und-vielleicht-einige-siege**).

RADIO ROMA RESPEKT

Das Seminar und das Spiel

Im Sommersemester 2017 fand das Seminar „Urbane Studien – Antirassistische Methoden in der Bildungsarbeit“ im Rahmen der Lehramtsausbildung der Professur für Didaktik der politischen Bildung an der Technischen Universität Dresden statt.
Im Mittelpunkt der Veranstaltungsreihe stand die historisch-politische (außer)-schulische Jugendarbeit zu Rassismus. Die Seminarteilnehmer*innen untersuchten und diskutierten politische Bildung, historisches und gegenwärtiges Wissen, Forschung und Diskurse zur Vergangenheit und Gegenwart von Rassismus/Antiromaismus und Antisemitismus.
Das Seminar sensibilisierte für die unmittelbare städtische Umgebung und reflektierte Orte von Antiromaismus, Rassismus und Antisemitismus – vom Sportverein bis hin zum Rathaus.
Das Lokale nimmt eine immer wichtigere Rolle in der Bildungsarbeit ein. Das Lernen im Stadtraum hat enge Bezüge zu urbanen künstlerischen Praxen. Methodisch näherten sich die Studierenden daher den Themen unter anderem mit Stadtexkursionen, textkritischem Lesen, in Workshop-Formaten, mit Input-Referaten und Filmdiskussionen. Die Vielschichtigkeit der institutionellen, individuellen, staatlichen oder beruflichen Verfolgung untersuchten die Teilnehmer*innen mit verschiedenen Erkenntnismethoden: Fotografie, Film, Kartierung, Interviews und Skizzen.
Kathrin Krahl, in deren Händen die Projektleitung von RomaRespekt liegt, konzipierte und leitete das Seminar in Zusammenarbeit mit den Dozent*innen Michael G. Schroeder, Antje Meichsner und der Gruppe gegen Antiromaismus.

Im Folgenden stellt Weiterdenken den Leser*innen das für das Seminar entwickelte Stadtspiel zur Verfügung, damit sie selbst forschen können! ❍

URBANES LERNEN
Ein Stadtspiel
Anleitung zum Heraustrennen und Losspielen

UTENSILIEN

- Würfel
- Kompass
- Notizblock
- variable Dokumentationsmittel: Fotoapparat/Handy, Notizbuch, Stifte Skizzenblock, Stadtplan

FRAGESTELLUNG

❶ Welche Orte, Landschaften, Institutionen, Behörden, Vereine können potentiell Teil rassistischen und antisemitischen Alltags in eurer Stadt sein?

❷ Wo liegen Machtzentren von Rassismus und Antisemitismus in der Stadt?

❸ Wer wohnt wo und wie?

❹ Wo, an welchen Orten, kann man alltägliche Ausgrenzung und Verfolgung deutlich machen?

❺ Was wisst ihr von rassistischer Verfolgung in eurer Stadt, und was könnt ihr erahnen?

❻ Was seht ihr? Graffiti, Denkmäler, Straßennamen, Friedhöfe et cetera.

❼ Was hieß historisch antisemitische oder rassistische Verfolgung im öffentlichen Raum (Ausgehverbote, Verbannung aus dem Stadtraum, Deportation …)?

ABLAUF

1. Bildet Forschungsgruppen
Maximal drei bis fünf Personen schließen sich an einem beliebigen Knotenpunkt der Stadt zu einer Forschungsgruppe zusammen.

2. Dokumentiert mit allen Mitteln
Die Aufgaben der Dokumentation werden unter den Teilnehmer*innen verteilt: Protokoll, Fotografie, Orientierung und Stadtplan, Skizzen et cetera.
Neben der genauen Aufzeichnung von Zeitpunkt und Strecke besteht die Aufgabe darin, Orte, Institutionen und Persönlichkeiten in der eigenen Stadt nachzustellen und i*n potentieller Hinsicht auf Rassismus und Antisemitismus* zu erfassen.

3. Die Würfel entscheiden
Zu Beginn der Stadtrecherche entscheiden die Würfel über die Himmelsrichtung: Die verschiedenen Himmelsrichtungen bekommen einen Würfelwert von 1 bis 4 zugeordnet:
Nord = 1, Süd = 2, West = 3, Ost = 4.
Bitte würfelt! Dann: Just walk! Streift durch die Stadt und erwürfelt an jeder Kreuzung/Abzweigung/Weggabelung den weiteren Weg. Kreuzung, links/rechts: Bitte würfeln! **Ihr geht links bei allen geraden Zahlen, rechts bei allen ungeraden Zahlen.**
Die Reise beginnt!

4. Sich der Stadt ergeben
Während des Erlaufens der erwürfelten Straßen überlasst ihr euch der Wirkung der vorgefundenen Umgebung. Euer neugieriger Blick wird zum Wegweiser der umherschweifenden Erkundung. Haltet an, wenn ihr interessante Orte dokumentieren wollt oder Passant*innen befragt!
Der Zufall entscheidet, wann und wo die Forschungsreise fortgesetzt wird. Das Stadtwandern endet mit dem Ablauf der festgelegten Dauer. Es ist wichtig, sich an die Regeln zu halten und nicht zu mogeln. Oft hat man eine Präferenz für eine der möglichen Alternativen, oder die Würfel bringen eine*n wieder dahin, wo man hergekommen ist. In solchen Fällen ist die Versuchung groß, die Regeln zu beugen, da heißt es: Stark bleiben!

5. Die Forschungsergebnisse teilen
Das entstandene Dokumentationsmaterial und die sich verdichtenden Fragen zu Rassismus und Antisemitismus werden gesammelt und zusammengestellt. Die erforschten Wegstrecken werden ebenfalls erfasst. Die so anwachsende Dokumentation formt ein Netzwerk und bildet in Summe einen multidimensionalen Ausgangspunkt für die weiteren Stadtrecherchen.

6. Sonderregeln
Rebound. Kommt ihr an die Grenzen der Stadt, so wird an diesem Punkt eine neue Strecke bestimmt, wobei die Strecke, die aus der Stadt hinausführt, unberücksichtigt bleibt (Himmelsrichtung würfeln).

Intervention. Ist die Gruppe unterwegs, darf jede*r jederzeit einen Vorschlag (Diskussion, Pause, Eintreten in ein Gebäude …) machen, über dessen Annahme oder Ablehnung der Würfel mit einer Ja/Nein-Alternative entscheidet:
Ja = 1 bis 3, Nein: 4 bis 6.

X X X

**Adaption des Stadtspiels von dérive – Zeitschrift für Stadtforschung*

**Psychogeographie untersucht, welchen Einfluss die architektonische oder geographische Umgebung auf die Wahrnehmung, das psychische Erleben und das Verhalten hat. Die Psychogeographische Forschung findet dabei an der Schnittstelle von Kunst, Architektur, Geographie und Psychologie statt. Die Situationist*innen (eine Künstlergruppe in den 1960er Jahren) versuchten sich absichtlich in (fremden) Städten zu verlaufen, um sich neuen Entdeckungen, Erfahrungen und Zusammentreffen auszusetzen, oder sie nutzten Stadtpläne anderer Städte zur (Des-)Orientierung.*

Versorgungszentrum. Der NSU in Chemnitz

Kathrin Krahl, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

„Dort, hinter dem Plattenbau, ist das Versorgungszentrum."
(Dominique, der Stadtforscher, am 6.11.2016)

Wikipedia:
Versorgungszentren im Heckert-Gebiet
VZ Max-Türpe-Straße mit Restaurant „Südblick"
VZ Robert-Siewert-Straße mit „Treffpunkt Kulturhaus Markersdorf"
VZ Paul-Bertz-Straße mit „Kulturzentrum Fritz-Heckert" und Restaurant „Südring" (2012 abgebrochen)
VZ Alfred-Neubert-Straße mit Restaurant „Baikal"
VZ Kappel, Stollberger Straße

VERSORGUNGSZENTRUM ist das Wort, auf das wir auf dem Stadtplan während der Führung zur Geschichte und zu den Verbrechen des selbsternannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) durch das Fritz-Heckert-Gebiet stoßen. Die Chemnitzer führen dieses Wort ganz selbstverständlich im Mund. Die Dresdner kennen es nicht. Mit jeder Station der Führung werden das Verbrechen und der Alltag des NSU und ihrer Unterstützer deutlicher. Alltag heißt Normalität, nicht Auffallen, nicht exklusiv sein.

Wir stoßen auf das Versorgungszentrum Max-Türpe-Straße. Dort spielte der NSU an Automaten. Langweile und Alltag. Das Gebäude ist geschröpft – post-sozialistisch wie das ganze Viertel. Die einst gepflegten Gebäude gehen in den Zustand der Verwahrlosung über. Es sorgt sich niemand um sie. Dieses Klima ist optimal: Alltagsrassismus, Gewalt, Durcheinander, „ich habe mit mir selbst zu tun".

Station um Station wird deutlicher, dass dieses Viertel mit dem EDEKA, dem ersten Raubüberfall, den Nazi-WGs, der rechten Hegemonie, der Gewalt gegen Linke und Migrant*innen, den Nachbar*innen, die alles sehen, nur keinen Rassismus, das Versorgungszentrum des NSU war und ist.
Wir gehen weiter und planen!

Es gibt hier keine Relikte der Opfer, der Ermordeten und Überlebenden des Terrors, wir stehen hier vor den Alltagsrelikten des NSU.

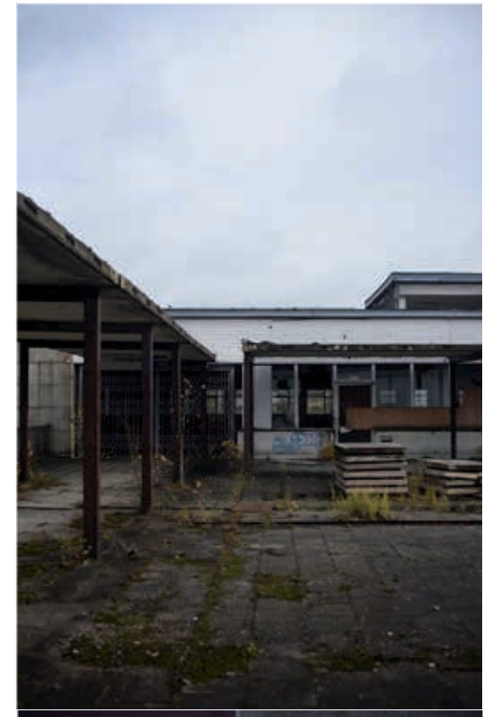
Dieses Umfeld hat die Morde möglich gemacht. Einige Personen aktiv als UnterstützerInnen durch Anmietung von Wohnungen, durch Konzerte, durch die Möglichkeit, ganz alltäglich ein Bier trinken gehen zu können oder spielen zu können. Andere durch das Wegschauen oder Akzeptieren einer rechten und rassistischen Alltagskultur. Die Spuckis auf der Tour können ein Lied davon singen. Mülltonnen, die abgesperrt sind, hier ist alles sauber. Aber der rassistische oder sexistische Aufkleber irritiert bis heute nicht im Versorgungszentrum.

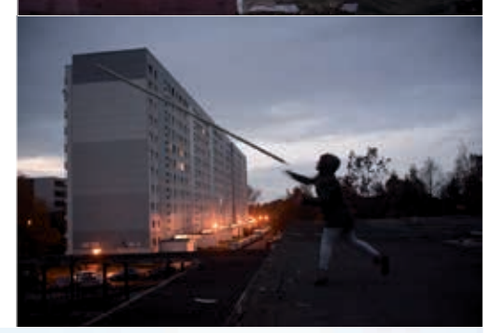
Aber wir fallen auf. IRRITATION. Da spazieren Leute mit Hosen, in die Socken gesteckt, durch unser Viertel. Ein böser Blick. Kein Alltag für uns denkbar. Na dann machen wir eben das Versorgungszentrum kenntlich. Mit Gaffa-Tape schreiben wir das in großen Lettern an die Verschläge vor den Fenstern des ehemaligen Versorgungszentrums. Wir führen große, über drei Meter lange Holzlatten mit uns.

Wir lassen sie fallen: hintereinander, übereinander, nebeneinander. Ein Netzwerk entsteht …, das Netzwerk des NSU. Wir verbauen den Eingang zum Versorgungszentrum. Wir versperren die Sicht. Aus anderen Latten wird eine Schutzhütte. Wieder andere richten wir verteidigend den Stummen entgegen.

Kleine Gesten als Annäherung an diesen doch bösen Ort.

* Entstanden ist diese Arbeit im Rahmen des Theatertreffens „Unentdeckte Nachbarn" in Chemnitz im Oktober und November 2016. Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen war Kooperationspartner. Die Stiftungsmitarbeiterin Kathrin Krahl hat in Zusammenarbeit mit Jane Viola Felber (damals Kulturbüro Sachsen) und den Künstlerinnen Stefanie Busch und Susanne Keichel diesen Akteur-Slot organisiert. Sie waren gemeinsam vor Ort und haben an Interventionen gearbeitet, die Fakten, Wut, Trauer und Empathie mit den Opfern in den öffentlichen Raum tragen. Das Neue an diesem Akteur-Slot war, dass die Diskussionen nicht mittels Worten und Papier geführt wurden, sondern über künstlerische Interventionen am Ort von Verbrechen und Strukturen des NSU. Ziel war es, den Finger in die Wunde zu legen und etwas zu hinterlassen. ❍





Fotos: Susanne Keichel. All rights reserved.

Zur Sache! Was die AfD wirklich will

Hannah Eitel, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Cover Info-Heft, Gestaltung: Nicole Riegert

Auf 44 Seiten gleicht das Heft „Zur Sache! Was die AfD wirklich will“ die Selbstdarstellung der Partei Alternative für Deutschland (AfD) mit deren Positionen und Programm ab. Die Broschüre im handlichen Format und mit vielen Bildern hilft bei einem Einstieg in die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus. Sie erklärt die Ziele der AfD in Zusammenhang mit den menschenverachtenden Ideologien, die ihnen zugrunde liegen. Themen sind unter anderem: Innere Sicherheit, Familienpolitik und Diskriminierung von Frauen und Homosexuellen, Sozial- und Steuerpolitik, Demokratie und Meinungsfreiheit, Kultur und Medien, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus sowie Asyl und Integration.

Gegen „Altparteien“, „Genderismus“ und „Systemmedien“ – die Partei Alternative für Deutschland stellt sich dar, als wäre sie die einzige Alternative. Doch was für eine Alternative wäre das?

Die AfD gibt sich mal bürgerlich und konservativ, mal als Protestpartei, heute als Stütze des Mittelstandes, morgen offen nationalistisch, dann wieder als Stimme der „kleinen Leute“ oder eben als Tabubrecherin. Vielen fällt es deswegen schwer, eine klare Haltung zur AfD zu beziehen. Darf man die rechts nennen? – Ja, man darf.

Journalistische Recherchen belegen: Die AfD hat Verbindungen zu Neonazis und (ehemaligen) NPD-Mitgliedern, zur extrem rechten Identitären Bewegung und zu Burschenschaften. Ihre Jugendorganisation, die Junge Alternative, betrifft das mindestens genauso.

Und die AfD macht keine gute Politik für „kleine Leute“: weder für Geringverdienende noch für Familien. Die AfD vertritt rassistische Positionen, die mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar sind. Das betrifft nicht nur Einzelpersonen wie den Thüringer Abgeordneten Björn Höcke, der hetzerische Reden hält. Das Grundsatzprogramm von 2016 enthält Forderungen zu Staatsbürgerschaft und Familienpolitik, die Personen wegen ihrer Herkunft benachteiligen und ausschließen. Es ist ein ultrarechtes Programm, und dahinter steht die ganze Partei. Daher schaut Weiterdenken mit diesem Heft vor allem in das Grundsatzprogramm und auf ausgewählte Forderungen der AfD.

Die Broschüre soll zum Weiterlesen, Nachdenken und Diskutieren anregen, denn: Wer sich mit Rechtspopulismus auseinandersetzen will, sollte nicht bei der AfD stehen bleiben. Es braucht eine Debatte darüber, was Demokratie ausmacht und wie wir Solidarität und Teilhabe in der Gesellschaft leben können.

Online lesen oder kostenlos bestellen unter **www.weiterdenken.de/de/zur-sache-afd.** ❍

Wir stehen ganz am Anfang – koloniale Spuren in Museen und Gesellschaft sichtbar machen

Koloniale Kontinuitäten und postkoloniale Perspektiven: Die Moderatorin Isabelle Reimann fasst zusammen.

„Überhaupt ist es sehr schwer, einen Gegenstand zu erhalten, ohne zumindest etwas Gewalt anzuwenden. Ich glaube, dass die Hälfte Ihres Museums gestohlen ist.“ Mit diesem Zitat eröffnete Joshua Kwesi Aikins, der als Wissenschaftler und Aktivist in Deutschland und Ghana politische Analyse und gesellschaftliches Engagement verbindet, seinen Input bei der letzten Veranstaltung der Reihe „(UN) SICHTBAR?! – Koloniale Spuren in Museen und Gesellschaft“. Das Zitat entstammt einem Brief des Afrikaforschers Richard Kant aus der damaligen Kolonie Deutsch-Ostafrika an den Leiter der afrikanischen Abteilung des Berliner Museums für Völkerkunde im Jahr 1897. Mit diesem Zitat brachte Joshua Kwesi Aikins vor 120 Zuhörer_innen den kolonialen Hintergrund der ethnographischen Museen kurz und knapp auf den Punkt. Es verweist auf die Dimensionen, um die es bei der Reflektion kolonialer Spuren im Museum geht und die in der Veranstaltungsreihe, die von Januar bis März 2017 im Leipziger Grassi Museum für Völkerkunde stattfand, nur angekratzt wurden. Denn Völkerkunde-Museen wie das Grassi Museum sind nicht nur Relikte der Kolonialzeit, sie stehen auch für die Weiterführung kolonialer Muster, wie beispielsweise die der Trennung zwischen europäischer und nicht-europäischer Kunst bis in die Gegenwart.

Umkämpfte Sichtbarkeit

Ethnologische Museen beginnen erst seit kurzem, die eigene kolonial geprägte Geschichte aufzuarbeiten und beispielsweise mit der Ausstellung „Heikles Erbe“ in Hannover öffentlich über die damit verbundene Verantwortung und offene Fragen zu sprechen. Wie Nanette Snoep, Leiterin der Staatlichen Ethnographischen Sammlungen Sachsens, zum Auftakt der zweiten Veranstaltung der Reihe feststellte, steht das Leipziger Museum für Völkerkunde mit diesem Prozess noch ganz am Anfang. In den Niederlanden, Snoeps Geburtsland, sowie beispielsweise am Pariser Musée du quai Branly würden postkoloniale Debatten mit mehr Nachdruck und Schärfe geführt.

Unbekannter Fotograf; Vier afrikanische Männer, eine Europäerin in einer Hängematte mit Baldachin tragend, Togo, 1890–1920
© Museum für Völkerkunde Dresden. All rights reserved.

Die allmähliche Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus ist das Ergebnis kontinuierlicher Kämpfe und Initiativen, die häufig unsichtbar bleiben und undankbar sind. Katharina Oguntoye ist als Historikerin und Aktivistin der Bewegung Schwarzer Deutscher seit den 1980er Jahren aktiv. Sie weiß, wovon sie spricht, wenn sie in der zweiten Veranstaltung erzählt, dass jedem Eingang von Themen und Kämpfen der Schwarzen Bewegung in eine breitere Öffentlichkeit erst einmal eine Abwehrreaktion folgte und auch jetzt wieder ein rechter Backlash zu befürchten sei. Vielen Menschen falle es schwer, den Rassismus und den kolonialen Hintergrund der deutschen Gesellschaft wirklich anzuerkennen. Dass eine weitergehende Aufarbeitung dringend notwendig ist, offenbart ihre kurze Umfrage im mit ebenfalls rund 120 Personen (für das Grassi Museum ungewöhnlich) gut gefüllten Saal: Nur ein Bruchteil kennt überhaupt die Eckdaten des deutschen Kolonialismus.

Tiefgehende Verstrickungen

Dass es nicht reicht, nur das Thema auf die Agenda zu setzen, da Geschichtslernen häufig selbst in Rassismus verstrickt ist, erklärt Josephine Apraku, Leiterin des Instituts für diskriminierungsfreie Bildung in Berlin: „Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist nicht, was wir thematisieren, sondern wie wir es thematisieren." Im aktuellen Geschichtsunterricht, so Frau Apraku, werde Kolonialismus entweder gar nicht oder aber auf eine Art und Weise behandelt, die Weißsein normalisiere. So sind in den Schulbüchern wichtige Themen gänzlich ausgeklammert, wie etwa die Auswirkungen des Kolonialismus auf die Menschen in Deutschland, die Verbindung zwi-

schen der kolonialen Vergangenheit und der Gegenwart sowie der Widerstand von Kolonisierten. Die promovierte Kommunikationswissenschaftlerin und Soziologin Natasha Kelly ergänzt in dieser dritten Veranstaltung der Reihe, wozu das Ausklammern der Perspektive von ehemals Kolonisierten führt. Indem die handelnden Personen aktiv nicht wahrgenommen oder benannt werden, erhalten sie auch keinen Eingang in Geschichte und Diskurse.
Dies ist auch genau das Problem der ethnologischen Museen. Es ist problematisch, wenn der eindimensionale Blick der Kurator_innen auf die „fremden Kulturen" als objektive Beschreibung unsichtbar gemacht wird. Die Dauerausstellung im Grassi Museum muss radikal verändert werden, wenn einerseits ein rassismuskritischer Bildungsauftrag im und durch das Museum angestrebt wird und andererseits auch Migrant_innen und Menschen aus den ehemaligen Kolonien mitgedacht werden.

Postkoloniale Perspektivenumkehr

Viele Nachfahren haben keinen Zugang zu den Informationen, in welchen Ausstellungen und Depots Kulturgüter – zum Teil sogar menschliche Überreste (human remains) – gelandet sind. Nicht zuletzt aufgrund der häufig kaum vorhandenen und teilweise fälschlichen Klassifikation und Dokumentation der genauen Herkunft und Erwerbsgeschichte der Exponate. Dabei sind viele Objekte, die in europäischen Museen lagern oder ausgestellt werden, tatsächlich nicht vergessen, sondern in den Erinnerungskulturen der jeweiligen Länder lebendig. Dies sind Ergebnisse des „Broken Memory"-Projekts, von dem der Anthropologe Bernard Müller in der ersten Veranstaltung berichtete. Rückgabeforderungen, auch wenn zahlenmäßig noch gering, stellen die Legitimität des Besitzes von ethnographischen Objekten in Frage. Der seit 2010 laufende Benin Dialogue, in dem es um die Zukunft der kolonialen Beutekunst einer britischen Strafexpedition von 1897 geht, dauert deshalb so lange, weil er administrative und kulturpolitische Grundsatzfragen aufwirft. Auch die Staatliche Ethnographische Sammlung Sachsen wähnt sich als stolze Besitzerin eines bedeutenden Teils dieser Bronzen, von denen in Benin selbst keine mehr zu sehen sind. In Leipzig wird gerade die Präsentation dieser Objekte in der Afrika-Ausstellung überarbeitet. Nicht nur bei diesem Beispiel bleibt offen, inwieweit eine in jeder der fünf Veranstaltungen etwas anders beschriebene und geforderte postkoloniale Perspektivenumkehr Eingang findet: Ein postkolonialer Blick, der nicht auf die Marginalisierten fällt, sondern von diesen ausgehend sich von der Peripherie auf das Zentrum richtet. Die koloniale Geschichte wieder sichtbar zu machen, wobei die lokalen Akteure einbezogen werden und bislang ungehörte Stimmen berücksichtigt werden, ermöglicht auch die Komplexität und Ambivalenzen in der Geschichte jenseits eines einfachen Opfer-Täter-Denkens zuzulassen. Erst so wird eine postkoloniale Gegenwart verstehbar. Die koloniale Geschichte nicht zu kennen bedeutet, auch die meisten der aktuellen politischen Konflikte und Zusammenhänge nicht verstehen zu können und letztlich nur ignorant statt respekt- und verantwortungsvoll handeln zu können.
Im Abschlussplädoyer des Inputs der AG Postkolonial Leipzig forderte Sophie Yume, eine Aktivistin der Gruppe, dass die postkoloniale Erinnerungskultur in Leipzig rassismuskritisch sein müsse. Dies sei nur dadurch möglich, dass die eigene Verortung in Rassismus und Kolonialismus von jedem und jeder sowohl persönlich als auch institutionell reflektiert werde. Nicht nur das Ethnologische Museum, auch andere Institutionen stehen noch ganz am Anfang, koloniale Spuren und Kontinuitäten aufzuarbeiten. So findet sich beispielsweise in der Internetpräsenz des Leipziger Zoos kein Hinweis zu den rund 40 Völkerschauen, die die stereotypen Bilder vieler Leipziger_innen prägten. Kein Wort über Biografien der Teilnehmer_innen aus den ehemaligen Kolonien, die es gerade ermöglichen, diese Stereotype auch wieder zu brechen. So wurde beispielsweise ein Teilnehmer einer Samoa-Show, das samoanische politische Oberhaupt Tupua Tamasese Lealofi I., unter Angaben falscher Tatsachen angeworben, wie die Ethnologin Hilke Thode-Aurora recherchierte und Ende Februar in Leipzig erzählte. Nachdem dieser realisierte, was seine Rolle in der Show sein sollte, protestierte er, und es gelang ihm, zumindest teilweise selbst die geplante diplomatische Besuchsreise noch zu realisieren, indem er seine Kontakte in Deutschland nutzte. Informationen wie diese bedürfen allerdings der Recherche und Forschung, da sie aus einer eurozentrischen Geschichtsschreibung und Dokumentation fallen. So benötigen ethnologische Museen beispielsweise koloniale Provenienzforschung, die die Objektbiografien rekonstruiert, um mit ihren Exponaten Kolonialgeschichte vermitteln zu können und in einen transnationalen Dialog zu treten. So ist die Umsetzung der Forderung nach einer Institutionalisierung der kolonialen Provinienzfoschung auch für die Staatlichen Ethnographischen Sammlungen Sachsen eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre.
Gerade für Leipzig konstatierte Joshua Kwesi Aikins die Schwierigkeit, dass an manchen Stellen die kolonialen Bezüge erst einmal aufgedeckt werden müssen. Doch darin liegt, wie er im Schlusssatz seines Inputs sagte, ein Schatz an Perspektiven, den es in Leipzig und in Deutschland größtenteils noch zu entdecken gibt.
Die Dokumentation der Veranstaltungsreihe, einer Kooperation zwischen Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und dem Grassi Museum für Völkerkunde – und die Audio-Dateien zum Nachhören gibt es auf: **www.weiterdenken.de/de/unsichtbar-koloniale-spuren-museen-und-gesellschaft-dokumentation.** ❍

Georg Maercker (1865–1924) „Elli wird ins Boot getragen", Cap Lopez, Gabun, 1910
© Museum für Völkerkunde Dresden. All rights reserved.

_* I / -
Gendern und Weiterdenken

Kathrin Bastet, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Wir wollen geschlechtergerecht arbeiten, und deshalb „gendern“ wir auch schriftlich. In unseren Texten tummeln sich daher die Sternchen, das Binnen-I, die Unterstriche, Schrägstriche, Beidnennunen et cetera. Manchmal werden wir gefragt, warum das so ist, ob es nicht nervt und was denn nun korrekt ist.
Daher hier unsere Position dazu: Sprache schafft Wirklichkeit. Sie beeinflusst unser Denken und unsere Normen. Sprache ist lebendig und wird durch die Sprechenden verändert.
Wenn wir also wollen, dass es insgesamt geschlechtergerechter zugeht, muss sich das auch durch gesprochene und schriftliche Sprache ausdrücken.
Wenn wir beispielsweise bei einem Text über „hochbezahlte Manager“ sofort an eine Gruppe reicher Männer denken, macht das deutlich, dass das Argument „Frauen sind mitgemeint“ nicht stimmt. Und was ist mit Menschen, die sich nicht der Mann/Frau-Ordnung anpassen wollen und/oder gar keiner geschlechtlichen Identität zuordnen wollen? Hier helfen zum Beispiel der Gender_Gap oder das Gender-Sternchen weiter.
Die *eine* korrekte gendergerechte Schreibweise gibt es nicht. Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten zu gendern.
Hinter ihnen stehen unterschiedliche Konzepte, wie und ob Geschlecht definiert wird. Für uns heißt das, wir bedienen uns der Variante, die wir individuell und/oder auf den jeweiligen Text bezogen geeignet finden. Diese Findung ist auch bei uns im Fluss, wie eben auch die Debatte, rund um Sex und Gender. Es geht um eine politische Haltung – genauso, wie sich auch die Menschen positionieren, die das generische (nicht geschlechtsspezifisch gemeinte) Maskulinum als die einzig korrekte und angeblich „neutrale“ Form darstellen.
Die entsprechende Formen-Vielfalt kann in Texten irritieren und regt im besten Fall zum Nachdenken und Positionieren an. Wir finden aber nicht das unterschiedliche Gendern irritierend, sondern eher die konstant männlichen Formen in den meisten Texten, die uns tagtäglich begegnen.
Unseren Autor*innen stellen wir das Gendern meistens frei, unterstützen es aber ausdrücklich. Im Netz gibt es unterschiedliche Leitfäden oder Denkanstöße, hier ein Beispiel:
www.geschicktgendern.de
In diesem Sinn viel Spaß bei der geschlechtergerechten Sprach-Kreativität! *_*/ ❍

Wer wir sind

Weiterdenken ist der sächsische Teil im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftungen. Vor einem Jahr zogen wir in unsere neuen Büroräume im Kraftwerk Mitte. Im ehemaligen Trafohaus sind außerdem das Zentrum für inklusive politische Bildung (ZipB) und die Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung (LAG pokuBi) beheimatet.
Stefan Schönfelder arbeitet seit 1999 für die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und ist seit Oktober 2007 der Geschäftsführer der Landesstiftung. Zuvor war er von 1992 bis 1997 Landesgeschäftsführer der GRÜNEN LIGA Sachsen e. V.
Kathrin Bastet ist seit 2007 Bildungsreferentin bei Weiterdenken. Sie arbeitet zu den Themen Migrations- und Asylpolitik, Geschlechterdemokratie sowie Sozialpolitik.
Kathrin Krahl arbeitet im Projekt „RomaRespekt – Lokalrecherchen und Empowerment“. Sie ist zu den Schwerpunkten Geschichte des Nationalsozialismus, Shoah und Antiromaismus tätig.
Gjulner Sejdi ist Projektmitarbeiter bei „RomaRespekt“ und arbeitet überwiegend in unserem neuen Büro im Leipziger Pöge-Haus. Er engagiert sich seit vielen Jahren für die Roma-Community in Leipzig und ist Vorstand des Vereins „Romano Sumnal“.
Sefer Idaver ist Auszubildender bei Weiterdenken.
Katrin Holinski ist die Autorin unseres Info-Hefts „Mal ehrlich! Flucht und Asyl in Sachsen“ und betreut unsere Wanderausstellung „Ich bin kein Etikett!“.
David Jugel und **Tina Hölzel** leiten das Zentrum für inklusive politische Bildung (ZipB), das eine gemeinsame Einrichtung von Weiterdenken, dem Lehrstuhl für Didaktik für politische Bildung und der Professur für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt inklusive Bildung an der Technischen Universität Dresden ist.
Hannah Eitel arbeitet seit Oktober 2016 zum Thema Rechtspopulismus. Sie ist unter anderem im Rahmen des Verbundes aller Heinrich-Böll-Stiftungen zu diesem Thema tätig.
Sigrid Schroff ist seit Mai 2015 bei Weiterdenken für den Bereich Finanzen und Verwaltung zuständig und im Projekt „RomaRespekt” tätig. **Claudia Pawlowitsch** unterstützt sie im Bereich Verwaltung.
Sarah Bashir absolviert 2017/18 bei uns ein Freiwilliges Soziales Jahr Politik.

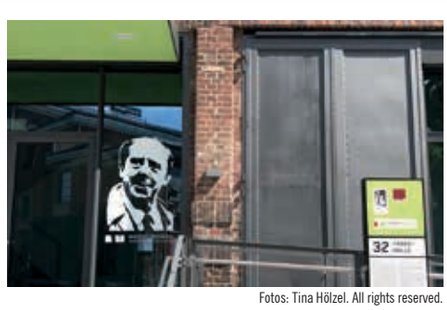
Foto: Tina Hölzel. All rights reserved.

Wir bedanken uns für die Zusammenarbeit bei der Künstlerin und Grafikerin **Stefanie Busch**, die auch das Layout für diese Zeitung gestaltet hat, sowie bei **Katrin Kusche**, in deren Händen die Redaktion der Zeitung lag. Weitere Informationen zu uns und unseren Projekten unter **www.weiterdenken.de.**❍

Weiterdenken
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
Kraftwerk Mitte 32 / Trafohalle
01067 Dresden

Fon 0351 - 85 075 100
Fax 0351 - 85 075 109

E-Mail: info@weiterdenken.de
www.weiterdenken.de



Fotos: Tina Hölzel. All rights reserved.

www.youtube.com/boellsachsen
www.facebook.de/weiterdenken

V.i.S.d.P. Kathrin Bastet und Kathrin Krahl
Redaktion: Katrin Kusche (www.wortformer.de)
Redaktionsschluss: 31. Juli 2017

Satz: Stefanie Busch
Druck: Union Druckerei Dresden
Auflage: 2.000